



Fachverband der
Elektro- und
Elektronikindustrie

Das Regierungsprogramm 2020-2024

Analyse & Evaluierung auf Basis der Forderungen des FEEI

Jänner 2020

Über den FEEI – Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie

Der Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie vertritt in Österreich die Interessen des zweitgrößten Industriezweigs mit rund 300 Unternehmen, rund 67.000 Beschäftigten und einem Produktionswert von 18,83 Milliarden Euro (Stand 2018). Gemeinsam mit seinen Netzwerkpartnern – dazu gehören u. a. die Fachhochschule Technikum Wien, UFH, die Plattform Industrie 4.0, Forum Mobilkommunikation (FMK), der Verband Alternativer Telekom-Netzbetreiber (VAT) und der Verband der Bahnindustrie – ist es das oberste Ziel des FEEI, die Position der österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie im weltweit geführten Standortwettbewerb zu stärken.

Obmann: Wolfgang Hesoun

Geschäftsführer: Lothar Roitner

Rückfragen:

Mag. Katharina Holzinger
Leitung FEEI Kommunikation
T +43/1/588 39-63
E holzinger@feei.at

Simon Wahl, MA
FEEI Kommunikation & Public Affairs
T +43/1/588 39-57
E wahl@feei.at

Inhalt

Einleitung	4
Bereich Arbeit & Bildung.....	5
Bereich Industriepolitik für Österreich & Europa	6
Bereich Infrastruktur & Mobilität	7
Bereich Klima & Energie.....	8
Bereich Forschung & Entwicklung.....	9

EINLEITUNG

Das Regierungsprogramm 2020-2024 aus der Sicht der Elektro- und Elektronikindustrie

Das Regierungsprogramm der ersten Türkis-Grünen Regierung „Aus Verantwortung für Österreich“ ist mit 326 Seiten äußerst umfangreich ausgefallen.

Eine genauere Analyse zeigt, dass zwar sehr viele Maßnahmen mit den Worten „Prüfung von“ bzw. „Evaluierung von“ versehen sind, dennoch sind aus der Sicht des FEEI etliche wichtige Punkte enthalten, um den Forschungs-, Innovations-, Technologie- und Industriestandort Österreich zu attraktivieren und nachhaltig abzusichern.

Besonders erfreulich ist dabei, dass viele langjährige Forderungen der Elektro- und Elektronikindustrie und des FEEI Berücksichtigung fanden. Insbesondere zu nennen sind hier die Umsetzung der Investitionskontrolle und der Schutz kritischer Industriezweige, die Stärkung der dualen Ausbildung sowie die angekündigte Weiterentwicklung des Fachhochschulsektors.

Nachfolgend finden Sie eine Analyse und Evaluierung des Regierungsprogramms „Aus Verantwortung für Österreich“ auf Basis der Forderungen des FEEI.

Bereich Arbeit & Bildung

Damit sich Österreich im internationalen Wettbewerb langfristig behaupten kann, sind gut ausgebildete Fachkräfte entscheidend. Heute werden mehr Fachkräfte als je zuvor in der Elektro- und Elektronikindustrie gesucht (16.500 MINT-Fachkräfte in den Sparten Industrie, Gewerbe sowie Information & Consulting). Mit der Digitalisierung der Industrie steigt der Bedarf an Informatik-, Elektronik- und Mechatronikexperten in ganz Europa exorbitant. Um sich für die digitalisierte Welt zu rüsten, bedarf es längst überfälliger grundlegender Reformen im Pflicht- und Hochschulbereich, denn das gegenwärtige Bildungssystem bringt bei weitem nicht genügend naturwissenschaftlich und technisch interessierte Absolventinnen und Absolventen hervor. Ebenso muss die anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung, die in Zeiten einer wissensbasierten Wirtschaft unerlässlich ist, aufgewertet werden. Gut ausgebildete Facharbeitskräfte, gezielte Forschungsschwerpunkte und eine enge Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen sind ein wichtiger Faktor für den Wirtschafts- und Innovationsstandort Österreich.

Maßnahmen im Regierungsprogramm:

- **Flächendeckende Evaluierung der „Digitalen Grundbildung“**
- **Ausbildung von MINT-Fachkräften ausbauen**
- **Stärkung der dualen Ausbildung**
- **Digitale Endgeräte für jede Schülerin bzw. jeden Schüler in der Sekundarstufe I**
- **Erweiterung der digitalen Kompetenzen von Pädagoginnen und Pädagogen: digitale Fachdidaktik in allen Lehramtsstudien verankern sowie Aus-, Fort- und Weiterbildung für alle Lehrerinnen und Lehrer**
- **Fortführung der MINT-Offensive (unter Überprüfung des Fächerbündels) an Universitäten und Fachhochschulen bei gleichzeitiger Berücksichtigung anstehender Herausforderungen (z.B. Klimaveränderung, alternde Bevölkerung)**
- **Kooperation zwischen Universitäten und Fachhochschulen im Bereich der Lehre, standort- und fachspezifische sowie österreichweite Abstimmung des Lehrangebots**
- **Bedarfsgerechter Ausbau des Fachhochschulsektors – mit mehr Studienplätzen zur nachhaltigen Sicherung und Ausbau des Wirtschafts- und Technologiestandortes (z.B. insbesondere Gesundheits- und Sozialberufe, MINT)**
- **Erhöhung der Planungssicherheit im FH-Sektor – durch gesetzliche Verankerung des Entwicklungs- und Finanzierungsplans und zeitliche Angleichung an die Periode der Leistungsvereinbarung**

Fazit des FEEI zu den geplanten Maßnahmen:

Positiv ist anzumerken, dass die anwendungsorientierte Forschung in Österreich gestärkt und aufgewertet werden soll. Hinsichtlich der Finanzierung der angeführten Maßnahmen ist auch hier dem Programm der neuen Bundesregierung nur wenig Konkretes zu entnehmen. Ebenso ist aus der Sicht des FEEI dringend notwendig, das Interesse von Mädchen an der IT und technischen Berufen schon in der Volksschule und der Sekundarstufe I verstärkt zu fördern. Es bedarf einer dringenden Evaluierung der technischen Ausbildungen im Pflichtschulbereich und Erarbeitung konkreter Maßnahmen zur Etablierung eines neuen auf durch die Digitalisierung hervorgebrachte Berufe ausgerichteten Bildungskonzeptes.

Bereich Industriepolitik für Österreich und Europa

Schlüsseltechnologien sind eine wichtige Grundlage für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Dies trifft im Besonderen auf die Elektro- und Elektronikindustrie zu. Die Technologiebereiche Nanotechnologie, Mikro- und Nanoelektronik, Photonik, Werkstoffe, Biotechnologie sowie Produktions- und Prozesstechnologien wurden bereits von der EU-Kommission Key Enabling Technologies (KET), also kritische Schlüsseltechnologien, identifiziert. Die Notwendigkeit, strategisch kritische Technologien zu beherrschen und kritische Infrastruktur zu schützen, die für die Aufrechterhaltung von Demokratie, Wohlstand und Arbeitsplätzen unabdingbar sind, wurde weltweit bereits klar erkannt. Besonders relevant ist dies vor dem Hintergrund, dass die zunehmende Digitalisierung all unsere gesellschaftlichen Lebensbereiche mehr und mehr durchdringt und ein fester Bestandteil unseres täglichen Lebens ist. Im Rahmen einer selbstbewussten Industriestrategie müssen auch in Österreich vorhandene strategiepolitische Instrumente (z.B. IPCEI) verstärkt genutzt werden, um die globale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und ein „Level Playing Field“ zu schaffen.

Maßnahmen im Regierungsprogramm:

- **Reform des EU-Wettbewerbsrechts im europäischen Interesse und zur nachhaltigen Stärkung der europäischen Wirtschaft**
- **Entwicklung einer Standortstrategie für die Zukunft – Österreich 2040**
 - o Auf Stärken bauen: Bestehende Stärken wie z.B. die Mobilitätsindustrie, erneuerbare Energien und Umwelttechnik, Biotechnologie, Mikroelektronik, Landwirtschaft, Tourismus und andere müssen weiter ausgebaut, weiterentwickelt und durch gemeinsame Bemühungen der Wirtschaft und der Politik international beworben werden
- **Strategiepolitische Instrumente in Europa/Österreich, wie IPCEI, etablieren und finanziell ausstatten, um Schlüsseltechnologien in Europa zu stärken und faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen**
 - o Mehrfachnennung von IPCEI und Bekenntnis zur Teilnahme Österreichs an relevanten IPCEI-Programmen wie z.B. Mikroelektronik, Wasserstoff, Batterien
- **Erweiterung des Außenwirtschaftsgesetzes im Anwendungsbereich des § 25 (3) um Untersagungsgründe und rasche Umsetzung einer strengeren Investitionskontrolle**
- **Österreich setzt sich aktiv auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene für eine strategische Ausrichtung der EU-Handelspolitik sowie eine Reform für eine handlungsfähige WTO ein (insbesondere zur überholten Stellung Chinas als Entwicklungsland und der Einführung von CO2-Zöllen)**
- **Stärkung und Umsetzung eines echten Bestbieterprinzips bei öffentlichen Auftragsvergaben in der Elektro- und Elektronikindustrie um einen wichtigen Hebel für Innovation und Wertschöpfung in Österreich zu erhalten**
 - o Vergabe an das „technisch und wirtschaftlich günstigste Angebot“ in allen Bereichen

Fazit des FEEI zu den geplanten Maßnahmen:

Im Bereich der Industriepolitik für Österreich und Europa sind von der neuen Bundesregierung einige sehr zielführende Maßnahmen vorgesehen. Insbesondere ist es ein Ziel, neben dem Preis auch soziale und ökologische Faktoren wie der Beitrag zur europäischen Wertschöpfung und der CO₂-Fußabdruck zu berücksichtigen. So wird auch festgeschrieben, dass im Sinne des beschlossenen Best-Bieter-Prinzips der Fokus auf Qualitätskriterien liegen muss und eine nachhaltige und innovationsfreundliche Beschaffung Standard wird. Aus der Sicht des FEEI und der Elektro- und Elektronikindustrie ist besonders hervorzuheben, dass der Standort Österreich so weiterentwickelt werden soll, dass Zukunftstechnologien zu Stärkefeldern der österreichischen Wirtschaft werden.

Bereich Infrastruktur und Mobilität

Eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur in den Bereichen Energie, Telekommunikation und Verkehr ist die Lebensader jedes Wirtschaftsstandortes. Sie trägt maßgeblich zur Weiterentwicklung der Gesellschaft bei. Eine starke Infrastruktur bedeutet kürzere Wege in der Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft. Besonders die Modernisierung und die Erweiterung der Breitbandkapazitäten und der Stromnetze sind dringend notwendig. Um die Digitalisierung und die Verbreitung von Industrie 4.0 zu ermöglichen, muss der Breitbandausbau vor allem für die anwendungsorientierte Forschung vorangetrieben werden. Ebenso muss in Smart Grids investiert werden, um das Stromnetz für die aktuellen Herausforderungen wie Elektromobilität und die Integration erneuerbarer Energien weiterzuentwickeln. Die Verkehrsinfrastruktur bedarf eines laufenden Ausbaus und einer regelmäßigen Modernisierung, um den Anforderungen unseres modernen Lebens und der Wirtschaft zu entsprechen. Zudem ist der Ausbau der Schieneninfrastruktur ein wichtiger Faktor im Kampf gegen den Klimawandel.

Maßnahmen im Regierungsprogramm:

- **Verstärkter Ausbau der Bahninfrastruktur sowie des öffentlichen Verkehrs und intelligente Lösungen bei der Intermodalität des Verkehrs**
 - o Öffi-Milliarde für den Nahverkehr für die Verbesserung der Rahmenbedingungen im öffentlichen Verkehr. Damit sollen vor allem Ausbau und Verbesserung des öffentlichen Verkehrs in und um Ballungsräume vorangetrieben werden
 - o Öffi-Milliarde für den Regionalverkehr für die Sicherstellung flächendeckender ÖV-Angebote außerhalb von Ballungsräumen
- **1-2-3-Österreich-Ticket zur Erreichung der Klimaziele – eine klimaschonende Alternative zum motorisierten Individualverkehr, breit leistbar und zugleich unkompliziert zugänglich**
- **Schaffung einer nationalen Buchungsplattform mit transparenten Tarifen inkl. Vereinheitlichung des Ticketing im öffentlichen Verkehr; Möglichkeit, mit einem Ticket mehrere Verkehrsdienstleister – von Mikro-ÖV bis Schienen-Fernverkehr zu nutzen. Um die Kundenzufriedenheit zu steigern, sollen die Tarif- und Automatenysteme harmonisiert werden**
- **Prüfen des breiteren Einsatzes von Telematik/ Intelligenten Verkehrssystemen mit dem Ziel, die Sicherheit auf Österreichs Straßen zu erhöhen und die Auswirkungen auf die Umwelt zu reduzieren:**
 - o Autonomes Fahren: Forschung und Modellregion weiterentwickeln sowie Einberufung eines Ethikbeirates, der die Entwicklungen begleitet; Rechtsfragen jeweils vor Einstieg in weitere Levels klären; Vorsorgeprinzip muss gelten
- **Einsatz in Österreich und auf EU-Ebene, dass Europa beim 5G-Ausbau technologische Unabhängigkeit erreicht (Vergaberecht und Forschungsförderung auf EU-Ebene, in Zusammenarbeit mit privaten Partnern)**

Fazit des FEEI zu den geplanten Maßnahmen:

Klar erkennbar ist eine Schwerpunktsetzung der neuen Bundesregierung auf den Faktor Bahn als wichtigen Schritt im Kampf gegen den Klimawandel. Mit der heimischen und innovativen Bahnindustrie wird dies zur Chance für den Wirtschafts- und Industriestandort Österreich. Viele geplante Maßnahmen wie der Erhalt, die Förderung und der Ausbau von Regional-, Neben- und Privatbahnen in Österreich und die fast durchgängige Elektrifizierung dieser Strecken vorsieht, ist von großer Bedeutung. Ebenso sind Überlegungen zum Ausbau intelligenter Verkehrssteuerungssysteme und die Bereitstellung der Infrastruktur für automatisiertes Fahren und der Forschung darin als positiv zu werten. Die notwendige Anpassung der Energienetze an zukünftige Herausforderungen wird zwar genannt, aber eine konkrete zukunftsfähige Regulierung der Stromnetze wird nicht angesprochen.

Bereich Klima & Energie

Die Bewältigung des globalen Klimawandels ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Um die Klimaziele zu erreichen ist der Ausbau von erneuerbaren Energiequellen unabdingbar. Die Elektro- und Elektronikindustrie bietet durch moderne Innovationen die Lösungen, um dem weltweiten Klimawandel wirksamer entgegenzutreten und das volle Potential erneuerbarer Energiequellen nutzen zu können. Mit einer integrierten Klima- und Energiestrategie, dem Ausbau erneuerbarer Energien und innovativen Ansätzen kann sich Österreich als internationales Vorbild positionieren. Neben der Weiterentwicklung des Energieeffizienzgesetzes ist die Umsetzung einer ökologischen Strukturreform des österreichischen Steuern- und Abgabensystems notwendig. Die Potentiale der Digitalisierung müssen für die Energieeffizienz genutzt werden. Die dafür notwendigen neuen Technologien sollen mit Hilfe von dafür ausgerichtete F&E-Programmen entwickelt werden.

Maßnahmen im Regierungsprogramm:

- **Bekanntnis zum Ausbau aller Formen heimischer erneuerbarer Energieträger. Den Rahmen dafür wird das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz geben, das bis 2030 eine 100% (national bilanziell) Versorgung mit Ökostrom sichert. Damit einhergehen die notwendigen Netzinfrastukturausgaben. Ein wirksames Energieeffizienzgesetz trägt dazu bei, dass Österreich – unter Bedachtnahme auf die wirtschaftliche Entwicklung – bis zur Mitte des Jahrhunderts mit deutlich weniger Energieverbrauch auskommen und die Energiewende naturverträglich gelingen kann**
 - o Starker Fokus auf Photovoltaik und Abbau von bürokratischen Hürden bei der Errichtung und Erweiterung bestehender Anlagen
- **Elektrizitätsinfrastruktur fit für die Zukunft machen**
- **Umsetzung einer ökologischen Strukturreform des österreichischen Steuer- und Abgabensystems unter Berücksichtigung des internationalen Wettbewerbs**
 - o Die Ausarbeitung einer Strukturreform ist bis 2022 geplant
- **Potentiale der Digitalisierung für Energieeffizienz nutzen: Entwicklung von neuen Technologien und Stärkung von F&E-Programmen dafür**
- **Fokus beim Thema Wasserstoff auf Technologieentwicklung im Bereich industrielle Anwendungen und im Transportwesen (v.a. Bahn und LKW)**

Fazit des FEEI zu den geplanten Maßnahmen:

Ein wie erwartet großer Schwerpunkt im Programm der neuen Bundesregierung ist der Klimaschutz. Neben der Weiterentwicklung des Energieeffizienzgesetzes wird die Umsetzung einer ökologischen Strukturreform des österreichischen Steuern- und Abgabensystems geplant. Die Potentiale der Digitalisierung müssen für die Energieeffizienz genutzt werden. Die dafür notwendigen neuen Technologien sollen mit Hilfe von dafür ausgerichtete F&E-Programmen entwickelt werden. Ein neues Energieeffizienzgesetz ist in Planung, es wird aber weiter eher auf Verpflichtungen gesetzt werden als auf Anreize. Zwar wird die Intention der Weiterentwicklung der Energietechnik mehrfach angesprochen, konkrete Zielsetzungen hinsichtlich der Forcierung von Innovationspartnerschaften zwischen öffentlicher Hand und der Wirtschaft um innovative Technologien insbesondere in der Energietechnik weiterzuentwickeln, findet sich jedoch nicht im Programm. Ebenso werden konkrete Investitionsanreize beim Einsatz innovativer Gebäudetechnologien zum effizienten Energiemanagement und zur Aufwertung bestehender Gebäudestrukturen nicht erwähnt.

Bereich Forschung & Entwicklung

Spitzenunternehmen benötigen Zugang zu Spitzenforschung und zu den besten verfügbaren Technologien. Als forschungsintensivste Branche Österreichs kommt diesem Bereich aus der Sicht der Elektro- und Elektronikindustrie eine große Bedeutung zu. Die Förderung von Forschung, Technologie und Innovation ist das Rückgrat für österreichische Innovationen. Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung sind unerlässlich, um mit neuem Wissen Arbeitsplätze in Österreich zu sichern und im globalen Wettbewerb zu bestehen. Denn in der forschungsintensivsten Branche Österreichs generiert jeder öffentlich geförderte Forschungsplatz in einem Unternehmen vier weitere Forschungsmitarbeiter und in weiterer Folge bis zu 500 Arbeitsplätze in ganz Europa. Es ist daher dringend notwendig die Forschungsförderung besonders in den Technologien zu erhöhen, in denen Österreich stark ist und dafür auch neue Förderungsprogramme aufzulegen. Vor allem die Forschungsprämie ist ein sehr wichtiges und wesentliches Element, um Österreichs Innovationskraft im europäischen und globalen Wettbewerb zu erhalten.

Maßnahmen im Regierungsprogramm:

- **Technologieoffene Energieforschungsoffensive zur Dekarbonisierung und besondere Entwicklungsförderung von Technologien die zur Reduktion von CO₂-Emissionen beitragen**
 - o Schwerpunkte: Smart Grids, neue Speichertechnologien, Wasserstoff, Demand Side Management
 - o Energieeffizienz
- **Förderung von KI-Entwicklung und -Anwendung erfolgt unter anderem unter Berücksichtigung ethischer Grundsätze (insbesondere in den Bereichen Datenschutz, Privatsphäre und unter Berücksichtigung sozialer Auswirkungen). Ziel ist es, ein Alleinstellungsmerkmal der europäischen KI zu generieren**

Fazit des FEEI zu den geplanten Maßnahmen:

Auch wenn sich im Regierungsprogramm keine konkreten Hinweise hinsichtlich der Finanzierung der Forschungsförderungen finden, ist aus der Sicht der Elektro- und Elektronikindustrie sehr positiv, dass es ein klares Bekenntnis zur Förderung von Forschung und Entwicklung von Zukunftstechnologien seitens der neuen Bundesregierung gibt. Dies ist an mehreren Stellen im Regierungsprogramm klar und ausdrücklich vermerkt.